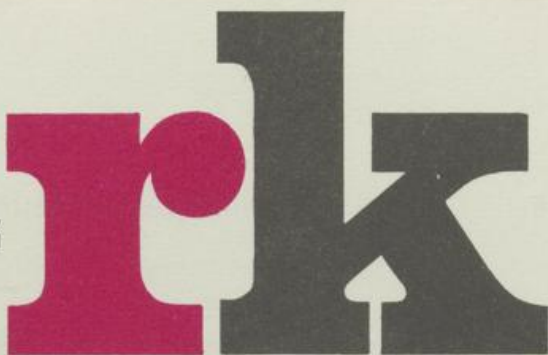


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 12. April 1983

Blatt 967

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

VP-Vorschläge zum AKH und Gesundheitswesen

Kommunal:
(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan in Floridsdorf
Für 662.000 Menschen eine bessere Wohnung
Letzte Stadtsenatssitzung vor den Wahlen
Simmeringer Bürgerinitiative zu EBS-Besichtigung
eingeladen
Pressekonferenz des Bürgermeisters

Politik:
(rosa)

Broda an Gratz: Gegen "Ausländer-Halt Bewegung"

Lokal:
(orange)

Vermehrte Rettungseinsätze durch
Witterungsumschwung

Kultur:
(gelb)

Ehrenring für Meinrad

Nur
über FS:

Kinderoper mit Schülerorchester
Altstadt und Farbe
"Schornsteinkletterer" wieder in Aktion

.....
Bereits am 11. April 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

VP-Vorschläge zum AKH und Gesundheitswesen (1)

=++++

23 Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Kritik am AKH-Neubau und am Wiener Gesundheitswesen äußerten Montag Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Gemeinderat Dr. Sigrun SCHLICK und Univ.-Prof. Dr. Otto WAGNER in einem öVP-Pressegespräch. Neben der neuerlichen Urgenz des sogenannten VAMED-Berichtes wurden unter anderem betriebsorganisatorische Vorschläge für die Finanzierbarkeit und Funktionsfähigkeit des Neubaus verlangt.

Laut Univ.-Prof. Dr. Wagner erfolgt die Übersiedlung in den Neubau, ohne bereits bestehende strukturelle Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Kliniken und Abteilungen mit gleichem Arbeitsbereich organisatorisch zusammenzufassen. In diesem Zusammenhang bezeichnete Univ.-Prof. Dr. Wagner die Struktur der Medizinischen Fakultät als stark reformbedürftig. Sie müßte dem Neubau angepaßt werden. Ebenso wies er auf den Umstand hin, daß niemals auf vorhandene alternative Vorschläge für das AKH eingegangen wurde. Seiner Meinung nach gibt es trotz Zielplans kein Spitalskonzept für Wien, sodaß Wiens Spitäler unkoordiniert wachsen.

Gemeinderätin Schlick kritisierte ebenfalls die ihrer Meinung nach fehlenden Betriebskostenberechnungen und die Beschäftigung von ausländischen Beratungs- und Lieferfirmen sowie die nach wie vor ungelöste Haftungsfrage für die rund 48.000 fehlerhaften Schweißnähte der Rohrleitungen. Was das Gesundheitsressort betrifft, so sei hier in den letzten Jahren einiges versäumt worden. Als Beispiele nannte sie unter anderem die zu geringe Einbindung des Hausarztes in die Versorgung, die lange Wartezeit für ausgebildete Jungärzte, das sogenannte "Ärztetraining", das fachlich nichts nützt und die in Wien praktizierte Gesundheitspolitik, die es versäumt, vorzubeugen statt zu heilen. (Forts.) zi/gg

NNNN

.....
Bereits am 11. April 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

VP-Vorschläge zum AKH und Gesundheitswesen (2)

Utl.: Stacher weist VP-Vorwürfe zurück

=++++

24 Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Die von öVP-Politikern Montag in einem Pressegespräch erhobenen Vorschläge und Vorwürfe bezüglich des Wiener Gesundheitswesens wies Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in einer Stellungnahme gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" zurück. Laut Stacher sei es erfreulich, daß sich die öVP nunmehr seinen jahrelangen Überlegungen bzw. Forderungen - die bereits im Zielplan 1975 enthalten sind - im Prinzip anschließt. Dies trifft ebenso auf die geplante weitere Dezentralisierung zu wie auf die Fortsetzung aller Maßnahmen, die zu einer noch besseren Betriebsorganisation notwendig sind. Daß seitens der öVP-Politiker ein Spitalskonzept trotz bestehenden Zielplanes - der ja ein Konzept darstellt - gefordert wird, findet Stacher eher unverständlich. Ebenso dürfte durch die öVP auf die bereits erfolgte Umwandlung des Anstaltenamtes (MA 17) in einen Betrieb laut § 72 der Stadtverfassung vergessen worden sein.

Zum sogenannten Alternativkonzept für das AKH erklärte Stacher keine neuerliche Stellungnahme abgeben zu müssen, da eine diesbezügliche bereits vor über einem Jahr erfolgte (siehe "RK" vom 21. Jänner 1982, Blatt 157 und 158). Die aufgestellte Behauptung, daß das Ärztetraing fachlich nichts nützt, sei unverständlich, da dies bedeuten würde, daß die lehrenden Ärzte nicht lehren können und die Lernenden nicht lernen wollen. Wie er sich selbst überzeugen konnte, stimmt beides nicht.

Zwtl.: Gegen Zwei-Klassen-Medizin

Vehement wandte sich der Stadtrat gegen die von Univ.-Prof. Wagner aufgestellte Forderung, im AKH nur Schwerstkranke aufzunehmen und die "leichteren" Erkrankungen in den "Peripheriespitälern" zu behandeln. Dies würde zu einer Zwei-Klassen-Medizin und zu einer einseitigen Ausbildung der Studenten führen. (Forts.) zi/gg

NNNN

.....
Bereits am 11. April 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

VP-Vorschläge zum AKH und Gesundheitswesen (3)

Utl.: Förderung der Hausärzte

=++++

25 Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Zum Vorwurf der zu geringen Einbindung der Hausärzte in das Gesundheitssystem wies Stacher auf die in den letzten Jahren forcierten Bemühungen zur Niederlassung von mehr praktischen Ärzten hin. So wurden neue Praxen geschaffen, eine Kreditaktion ins Leben gerufen und Lehrpraxen installiert.

Die Durchführung all dieser Maßnahmen hat - im Gegensatz zur Politik seines VP-Vorgängers - dazu geführt, daß die Zahl der praktischen Ärzte wesentlich erhöht werden konnte.

Was den Vorwurf der verfehlten Gesundheitspolitik betrifft, so gehört die Therapie selbstverständlich zu den Schwerpunkten der Gesundheitspolitik und wird in den Krankenanstalten durchgeführt. Das "Vergessen" von Gemeinderätin Schlick auf die verschiedensten Einrichtungen der Prophylaxe im Gesundheitswesen wie etwa vorbeugende Impfaktionen, Seh- und Hörtests, den schulärztlichen Dienst, die Vorsorgeuntersuchungen und viele andere mehr, dürfte nach Meinung des Stadtrates auf einen Mangel an Information zurückzuführen sein. Ebenso blieb auch bei dieser Gelegenheit die international bereits anerkannte Wiener Psychiatriereform unerwähnt, schloß Stacher. (Schluß) zi/ko

NNNN

Neuer Flächenwidmungsplan in Floridsdorf

Utl.: Siedlung "Donauland" in ihrem Bestand gesichert

=++++

3 #Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Die Siedlung "Donauland" in Floridsdorf soll in ihrem Bestand gesichert werden und die Widmung Bauland/Wohngebiet erhalten. Es können Häuser bis zu 150 Quadratmeter Grundfläche und bis zu 7,5 Meter Höhe errichtet werden. Das ist der Inhalt der Entwürfe für einen neuen Flächenwidmungsplan und einen neuen Bebauungsplan, die jetzt fertiggestellt wurden. Das Plangebiet zwischen der Bruckhaufener Hauptstraße, der Donauturmstraße und dem Hubertusdamm ist knapp vier Hektar groß und hat rund 115 Einwohner.#

Die Entwürfe für die neuen Pläne (Plannummer 5757) liegen zwischen 14. April und 12. Mai während der Amtsstunden, jeweils Montag bis Freitag von 7.30 bis 15.30 Uhr (an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr), im Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413 öffentlich auf. Es stehen Mitarbeiter der Magistratsabteilung 21 zur Verfügung, um Auskünfte zu erteilen. Man kann auch schriftlich zu den Entwürfen Stellung nehmen. (Schluß)
sc/gg

NNNN

Für 662.000 Menschen eine bessere Wohnung (1)

Utl.: 15 Jahre Wohnbauförderung in Wien

=++++

5 #Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Eine Bilanz über 15 Jahre Wohnbauförderung zog Wohnbaustadtrat Johann HATZL Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Vor 15 Jahren wurde das Wohnbauförderungsgesetz 1968 ins Leben gerufen, daß die Bereitstellung von Klein- und Mittelwohnungen für förderungswürdige Wohnungsnutzer vorsieht. Innerhalb dieses Zeitraumes wurden der Bau von mehr als 115.000 Wohnungen und rund 1.000 Lokalen gefördert. Die Darlehenssumme betrug 35,5 Milliarden Schilling, das ist mehr als die Hälfte des gesamten Wiener Budgets für das Jahr 1983. Im Rahmen der Wohnungsverbesserung konnten 93.000 Anträge behandelt und damit 6,5 Milliarden Schilling an Darlehen zugesichert werden. Nahezu 150.000 Wohnungen wurden mit den Mitteln der Wohnungsverbesserung auf einen zeitgemäßen Standard gebracht. Nimmt man einen Durchschnittswert von 2,5 Menschen pro Wohnung, so bedeutet dies, daß die Wohnungssituation mit Hilfe der Wohnbauförderung 1968 für 662.000 Menschen innerhalb von 15 Jahren verbessert werden konnte.#

Anläßlich des 15jährigen Bestehens des Wohnbauförderungsgesetzes wurde eine Publikation "Wohnbauförderung 1968" veröffentlicht. Sie gibt einen Überblick über die verschiedenen Förderungsmaßnahmen und Auskunft, wie man ein Förderungsdarlehen erhält, was gefördert wird, wie hoch die Förderungssummen sind.

Zwtl.: Nur 2 Prozent der Wohnungen in Stadterweiterungsgebieten

Mit Hilfe der Wohnbauförderung 1968 wurden in den letzten 15 Jahren in Wien 36.555 Eigentumswohnungen, 64.805 Mietwohnungen, 1.926 Eigenheime und 11.866 Wohnräume in Heimen gefördert. 1978 wurden 53 Prozent der Förderungsmittel für Bauvorhaben im dichtbebauten Stadtgebiet ausgegeben, 17 Prozent für Arrondierungsprojekte und 30 Prozent für Stadterweiterungsbauten.

1982 wurden die Förderungsmittel folgendermaßen verteilt: 76 Prozent für Wohnbauten im dichtbesiedelten Stadtgebiet, 22 Prozent in Arrondierungsgebieten und nur 2 Prozent für Stadterweiterungsprojekte. (Forts.) ba/jh

Für 662.000 Menschen eine bessere Wohnung (2)

Utl.: Auch heuer bereits umfangreiche Darlehenszusagen

=++++

6 Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnbaupolitik der Stadt Wien war in den letzten Jahren besonders von dem Ziel geprägt, das Wohnen wieder preisgünstiger und erschwinglicher zu gestalten, sagte Stadtrat HATZL.

Im Oktober 1981 wurde der Prozentsatz des gering verzinnten Landesdarlehens auf 60 Prozent für Eigentumswohnungen, auf 65 Prozent für Genossenschaftswohnungen und auf 70 Prozent für Gemeindewohnungen angehoben. Für Wohnbauten, die bereits 1979 und 1980 gefördert wurden, gab es eine Nachförderung. Durch diese Maßnahme wurde im Herbst 1981 praktisch eine neue Wiener Wohnbauförderung ins Leben gerufen.

Pro Wohnung und Jahr werden Verbesserungskosten bis maximal 150.000 Schilling bewilligt. Dieser Höchstbetrag bilt seit 1. Jänner 1983. Im Jahr 1982 betrug er 120.000 Schilling, vorher (seit Juni 1976) 100.000 Schilling.

Mit 1. Jänner 1980 wurde die Wohnungsverbesserung in zwei sogenannte "Schienen" eingeteilt.

An erster Stelle der Verbesserungen der Schiene A stehen Heizungseinbauten mit 53.981 Förderungen (seit 1973), es folgen 27.087 Bädereinbauten, 18.543 Wassereinleitungen, 15.608 Gas-, 14.081 Stromzuleitungen und 11.650 WC-Einbauten. Die Schiene B wird vor allem für Schall- und Wärmeschutzmaßnahmen beansprucht, seit 1973 gab es hier 30.416 Förderungen.

Im Jahr 1982 bezogen 30.511 Wohnungsnutzer eine Wohnbeihilfe mit einem Gesamtbetrag von 399 Millionen Schilling.

Im heurigen Jahr wurden von den 5.800 geplanten Wohnbauvorhaben bereits 1.203 Wohnungen und 24 Lokale mit einem Darlehensumfang von 837 Millionen genehmigt. Im Rahmen der großen Wohnungsverbesserung wurden 5 Wohnungssanierungen sowie die Errichtung von 77 Aufzügen mit insgesamt 37,8 Millionen gefördert. Bei der kleinen Wohnungsverbesserung wurden 2.998 Anträge mit einem Darlehensvolumen von 216 Millionen zugesichert. (Schluß) ba/ko

Broda an Gratz: Gegen "Ausländer-Halt"-Bewegung

=++++

7 #Wien, 12.4. (RK-POLITIK) "Ich werden im Rahmen meines Wirkungskreises weiterhin für eine rigorose Strafverfolgung der Umtriebe der "Ausländer-Halt-Bewegung" und eine rasche Durchführung der gerichtlichen Strafverfahren sorgen.

Dies teilte Justizminister Dr. Christian BRODA dem Wiener Bürgermeister Leopold GRATZ brieflich mit. Gratz hatte an den Justizminister ein Schreiben wegen der Agitationen der als wahlwerbende Partei auftretenden "Ausländer-Halt-Bewegung" gerichtet. Dazu teilte nun Broda mit, daß von der Staatsanwaltschaft Wien jede Publikation dieser Bewegung, besonders aber das Medienwerk "Halt" genauestens auf das Vorliegen eines strafrechtliche relevanten Inhalts geprüft wird.#

Wie aus dem Schreiben Brodas weiter hervorgeht, hat diese Überprüfung dazu geführt, daß eine Nummer von "Halt" eingezogen wurde. Weiter hat die Staatsanwaltschaft Wien Voruntersuchungen gegen den Herausgeber eingeleitet. Zwei Aussendungen der Bewegung aus jüngster Zeit sind ebenfalls auf Antrag der Staatsanwaltschaft Wien in die bereits anhängige Voruntersuchung wegen Verdachtes der nationalsozialistischen Wiederbetätigung einbezogen worden. (Schluß)
pr/ap

NNNN

Ehrenring für Meinrad

=++++

8 #Wien, 12.4. (RK-KULTUR) Kammerschauspieler Josef MEINRAD erhält den Ehrenring der Stadt Wien. Auf Antrag von Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK beschloß der Wiener Stadtsenat am Dienstag diese hohe Auszeichnung anlässlich des bevorstehenden 70. Geburtstages des beliebten Schauspielers.#

Josef Meinrad, der am 21. April 1913 in Wien geboren wurde, entschloß sich erst nach siebenjähriger kaufmännischer Tätigkeit, die Theaterlaufbahn einzuschlagen. Er absolvierte die Akademie für Musik und darstellende Kunst und war zunächst im Wiener Kabarett tätig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges spielte Meinrad am Volkstheater, an der "Insel in der Komödie" und wurde 1947 ans Wiener Burgtheater geholt. Durch seine Darstellung in Nestroy- und Raimundstücken und seine Filmtätigkeit wurde Meinrad zum Publikumsliebbling. (Schluß) pr/ko

NNNN

Letzte Stadtsenatssitzung vor den Wahlen

=++++

9 Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold GRATZ trat Dienstag der Wiener Stadtsenat zu seiner letzten Sitzung vor den Gemeinderatswahlen am 24. April zusammen. Insgesamt wurden 232 Geschäftsstücke - zum Überwiegenden Teil einstimmig - genehmigt. Die Palette der Beschlüsse umfaßte unter anderem viele Wohnhausinstandsetzungen, Grundstückstransaktionen, die Sanierung von Baudenkmalern und eine Reihe von Personalakten.

Die erste Sitzung des Stadtsenates nach den Wahlen wurde von Bürgermeister Leopold Gratz für Dienstag, den 3. Mai, in Aussicht genommen.

Auch die Wiener Landesregierung tagte Dienstag zum letztenmal in der zu Ende gehenden Wahlperiode. (Schluß) pr/gg

NNNN

Vermehrte Rettungseinsätze durch Witterungsumschwung

=++++

10 Wien, 12.4. (RK-LOKAL) Der Witterungsumschwung macht zahlreichen Personen mit Herz- und Kreislaufschwäche zu schaffen. Die Wiener Rettung verzeichnete am Montag 230 Einsätze gegenüber dem normalen Tagesdurchschnitt von knapp 200. Am Dienstag vormittag, in der Zeit zwischen 9 Uhr und 12 Uhr, verzeichnete die Rettung 70 Ausfahrten, das sind um rund 30 mehr als im normalen Tagesablauf. Die Temperaturen sind um fast 15 Grad gesunken. Während am Montag noch ein Höchstwert von 19 Grad auf der Hohen Warte gemessen wurde, fiel die Termometersäule am Dienstag auf 6 Grad. (Schluß) fk/jh

NNNN

Simmeringer Bürgerinitiative zu EBS-Besichtigung eingeladen

=++++

12 Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Zur Besichtigung der Klärschlamm- und Sondermüllverbrennungsanlagen bei den Entsorgungsbetrieben Simmering gegen Voranmeldung und zu weiteren Informationsgesprächen hat Konsumenten-Stadtrat Josef VELETA Montag Abend Mitglieder einer Simmeringer Bürgerinitiative eingeladen. Er war einer Einladung dieser Gruppe in ein Lokal in Simmering gefolgt. Mit den rund 200 Teilnehmern an der Veranstaltung diskutierten neben Veleta auch die Gemeinderäte Dr. Hawlik (ÖVP) und Dr. Hirschnall (FPÖ), Univ.-Prof. Welan sowie Dr. Hartig als Vertreter der "kritischen Chemie."

Wie die Vergangenheit gezeigt habe, sei es immer möglich, den Betrieb der EBS zu besichtigen, sagte Veleta. Er würde sich wünschen, daß auch andere Betriebe in der bei den EBS praktizierten Weise bereit sind, Maßnahmen für den Umweltschutz zu setzen. Die Errichtung der EBS sei eine große Umweltschutzleistung der Stadt Wien gewesen. Wäre die Anlage nicht errichtet worden, würde Sondermüll weiterhin "irgendwo" wild gelagert. Den Mitarbeitern der EBS sprach Veleta den Dank für ihre Leistungen aus. Auch der Leiter der Verbrennungsanlage, Dipl.-Ing. SZVETITS, lud die Bürgerinitiative ein, sich zu überzeugen, was dort bereits geleistet wurde und die Unterlagen und Meßergebnisse zu studieren.

Frau VESELY als Vertreterin der Bürgerinitiative erklärte, sie wolle weiterhin mit den EBS in gemeinsamem Dialog zusammenarbeiten.

Gemeinderat Hirschnall wandte sich dagegen, Sondermüll aus ganz Österreich in Simmering zu verbrennen. Gemeinderat Hawlik verlangte die rasche Beschlußfassung eines Chemiegesetzes. (Schluß) an/ap

NNNN

Für 662.000 Menschen eine bessere Wohnung (3)

Utl.: Hatzl: mehr Spielraum für Wien bei neuer Wohnbauförderung

=++++

13 Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Für mehr Kompetenzen der Länder im Rahmen der Wohnbauförderung sprach sich Wohnbaustadtrat Johann HAZTL beim Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag aus. Im neuen Gesetzentwurf, der bereits im Parlament zur Diskussion vorlag, sollte berücksichtigt werden, daß das Land Wien wesentlich mehr Mittel aufbringt, als es über den Finanzausgleich zurückerhält. Würde Wien die Mittel für die Wohnbauförderung selbst aufbringen, könnten um rund tausend Wohnungen jährlich mehr in der Bundeshauptstadt gefördert werden. Ein weiterer Schwerpunkt des neuen Wohnbauförderungsgesetzes sollte eine stärkere Subjektförderung sein, sowie eine Förderung, die auf die Veränderung der Einkommen des Wohnungsnutzers Rücksicht nimmt, erklärte Stadtrat Hatzl. (Schluß) ba/ap

NNNN

Pressekonferenz des Bürgermeisters

=++++

14 Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Zu den Schornsteinbesteigungsaktionen der "Global 2000" meinte Dienstag Bürgermeister Leopold GRATZ, es sei für ihn keine ernsthafte Aktion, wenn sie sich ausgerechnet gegen die Wiener E-Werke richte, die durch die hohe Gasbeimischung schon jetzt die umweltfreundlichsten Wärmekraftwerke Österreichs hätten und überdies erst vor kurzem einen Stufenplan zur Emissionsreduzierung vorgelegt hätten. Das zeuge davon, daß sich die Mitglieder dieser Aktion entweder nicht mit den Problemen beschäftigen oder nach einem großen Vorbild in der Grünbewegung keine Zeitungen lesen. Auch meinte Gratz, EBS nicht zu haben hieße ja nur, daß alle gefährlichen Stoffe, die weiterhin anfallen würden, unkontrolliert verschwänden. Zu den rechtlichen Konsequenzen meinte der Bürgermeister, man werde weder Besitzstörungs- noch Schadenersatzklage einbringen. Er halte es aber für pädagogisch, die "Global 2000" die Kosten für das Ausrücken der Feuerwehr begleichen zu lassen.

Utl.: Baubewilligung Dürnröhr

Zu Bedenken der Umweltschützer, daß nach angeblichen Lücken im Baubescheid für das Wärmekraftwerk Dürnröhr aus einer 90prozentigen nur eine 78prozentige Entschwefelung werden könnte, betonte Gratz neuerdings, er habe vollstes Vertrauen in das gegebene Wort des niederösterreichischen Landeshauptmannes LUDWIG. (Schluß) rö/gg

NNNN